

Stellungnahme des Landesverbandes Alzheimer NRW e.V.

anlässlich der Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales

„Eine respektvolle Pflege in NRW – pflegende Angehörige stärken“ am 1. März 2023

Der Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW setzt sich seit nunmehr 20 Jahren für eine bessere Versorgung der rund 360.000 Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen in NRW ein:

- Wir unterstützen und begleiten den Aufbau regionaler Selbsthilfegruppen – in Präsenz und digital.
- Wir schulen pflegende Angehörige im Umgang mit Demenz und zeigen Wege auf, den Alltag zu bewältigen.
- Wir schulen Berufsgruppen, um den Umgang und die Interaktion mit Menschen mit Demenz anzupassen und Zugänge zu diesen im beruflichen Kontext zu finden.
- Wir beraten zum Thema Demenz – überregional, vernetzt, ganzheitlich und individuell.
- Wir enttabuisieren das Thema Demenz mit kulturellen Aktionen und Projekten.
- Wir machen uns auf Landesebene stark, um bessere Rahmenbedingungen für Menschen mit Demenz und ihre Familien und Zugehörigen zu schaffen.
- Wir informieren und suchen den Dialog zu Politik und Fachverbänden.

Unsere **direkte Arbeit** mit Menschen mit Demenz und ihren An- und Zugehörigen macht deutlich, welche Bedarfe die Menschen bewegen, welche Lücken in der Versorgungslandschaft einen unkomplizierten Zugang zu passenden Angeboten verhindern und welche Themenschwerpunkte und Problemlagen die kommenden Jahre prägen werden und neue Lösungswege erforderlich machen.

Hieraus resultieren unsere Forderungen hinsichtlich der Stärkung der pflegenden Angehörigen. Die Pflege und Betreuung eines an Demenz erkrankten Angehörigen verursacht bereits zu Beginn der Erkrankung Ängste sowohl beim Betroffenen wie auch bei seinen Angehörigen.

Auch das gesellschaftliche Umfeld ist häufig angesichts der aus der Krankheit resultierenden Veränderungen verunsichert. Die häusliche Versorgung eines Menschen mit Demenz ist oft langjährig mit fortschreitender Verschlechterung der Prognose und dadurch Zunahme der Belastung für die pflegenden Angehörigen verbunden.

Die psychische Belastung der Angehörigen spielt zudem häufig eine größere Rolle als die pflegerische aus dem Bereich der Aktivitäten des täglichen Lebens.

Zunehmend ist bei pflegenden Angehörigen auch eine Vereinsamung zu erkennen. Durch die ständige Pflege- und Betreuungsbereitschaft sind Teilhabe und soziale Kontakte z.B. Sport oder Kultur kaum noch möglich.

Die Entlastung und Stärkung der pflegenden Angehörigen sind aus unserer Sicht unabdingbar, um auch künftig die Bereitschaft, von Pflegebedürftigkeit und Demenz betroffene Menschen innerhalb ihrer Häuslichkeit durch An- und Zugehörige zu unterstützen, aufrechtzuerhalten.

Deshalb begrüßen wir das Anliegen des SPD-Antrages, die pflegenden Angehörigen durch Maßnahmen der Bundes- und Landesebene zu stärken und ihnen den notwendigen

Stellenwert einzuräumen. Aus Perspektive der Menschen mit Demenz und ihren pflegenden An- und Zugehörigen halten wir folgende Forderungen für zentral:

- **Verbesserung der Versorgungsstrukturen** innerhalb der Versorgungslandschaft - sowohl in urbanen als auch in ländlichen Sozialräumen:
 - **Wohnortnahe, niedrigschwellige Strukturen: Gesamtkonstrukte mit gebündelten Beratungs- und pflegerischen Versorgungsangeboten**
Pflegekompetenzzentren
 - **Beratungsstrukturen:**
 ganzheitlich, psychosozial, fundiert, vernetzt, zugehend, aufsuchend, kleinräumlich, begleitend, lotsend, unter Adaption der Methode Case Management
 - Unterstützung bei medizinischen Fragestellungen
 - Förderung von Vernetzung von Angehörigen mit professioneller Pflege und Ärzten bzw. Kliniken
 - Vermittlung von Therapieangeboten im häuslichen Umfeld
 - Kooperationen mit Haus - und Fachärzten sowie Therapeuten aber auch z.B. mit Agenturen für Haushaltshilfen
 - Gesprächsangebote für Angehörige
 - Gesprächsangebote für betroffene Menschen
 - Vermittlung von Teilhabeangeboten
 - Angebote zu Selbstpflege und Resilienz
 - Bereitstellung von Räumlichkeiten für Angehörigengesprächsgruppen
 - Koordination von Nachbarschaftshilfe
 - Treffpunkt für NachbarschaftshelferInnen
 - Versorgungszentren:**
 - Tagespflege in Gruppen im Pflegezentrum
 - Angebot von Nachtpflegeplätzen
 - Vorhalten einer nächtlichen Pflegekraft für Notfälle
 - Gesondert geschulte Physiotherapie
 - **Vernetzung:**
 Die komplexe und für die betroffenen Menschen häufig unüberschaubare Versorgungslandschaft braucht **Koordinierung** und weitere Vernetzung. Die Koordination einer engen, multiprofessionellen Zusammenarbeit ermöglicht eine kontinuierliche Ansprechbarkeit, eine Lotsenfunktion und Reduzierung der Komplexität des Versorgungssystems. Der Gedanke der bereits im Landespsychiatrieplan geforderten geriatrisch-gerontopsychiatrischen Zentren könnte hierfür die Basis bilden. Die dabei intendierte **Verbindung von medizinischen, pflegerischen und sozialarbeiterischen Kompetenzen samt Überwindung der sektoralen Hürden** kann hierbei eine Verbesserung der Systemebene herbeiführen und im Resultat die Situation der betroffenen Menschen und ihrer pflegenden Angehörigen verbessern.
 - Die Vernetzung der Versorgungsstrukturen muss sowohl kommunal als auch überregional stattfinden. Auf Stadt- und Kreisebene fällt den Kommunen eine wichtige Aufgabe bei der Stärkung und Vernetzung der kommunalen Strukturen zu. Deshalb ist es zentral, dies zu einer kommunalen Pflichtaufgabe

zu machen, damit die Aufgabe landesweit und unabhängig von der Finanzsituation der Kommunen ausgefüllt werden kann.

- Darüber hinaus ist die Einbeziehung der Wohnungswirtschaft in die Versorgungsstrukturen für ältere Menschen vonnöten.
- fundierte **Wissensvermittlung** in Schulungsangeboten für pflegende Angehörige, denn diese dienen der Entlastung pflegender Angehöriger, die mit zielführenden Informationen und Tipps ihren belastenden Pflegealltag besser bewältigen können, für die Besonderheiten im Umgang mit Pflege und Demenz sensibilisiert werden und damit eine zusätzliche Handlungssicherheit erlangen.
- **Förderung der Selbsthilfe:**
Durch die Selbsthilfe erfahren pflegende Angehörige und Betroffene Entlastung und fühlen sich nicht alleine. Sie ermöglicht Austausch und emotionale Entlastung. Informationen und Tipps aus der Sicht von Erfahrenen unterstützen dabei, Herausforderungen, die aus Demenz und Pflege resultieren, besser zu bewältigen und sich selbst dabei nicht aus den Augen zu verlieren. Hinzu kommt der Effekt des Empowerments – eigene Handlungskompetenzen und -möglichkeiten zu erkennen und einzusetzen. Folglich kann dadurch die Lebensqualität der Betroffenen und deren Angehörigen verbessert und aufrechterhalten werden.
- **Erhöhung des Pflegegeldes und der Pflegesachleistungen, damit der schleichenden Entwertung dieser Leistungen** begegnet wird.
- Schaffung eines flexibel nutzbaren **Entlastungsbudgets von rund 4.800 €**, in dem die Leistungen der Kurzzeit- und der Verhinderungspflege sowie der Entlastungsleistungen zusammengefasst werden. Den Pflegebedürftigen wird ein umfassendes Wahlrecht bei der Inanspruchnahme dieser Leistungen eingeräumt.
- Sicherstellung der **Vereinbarkeit von Pflege und Beruf** für häuslich Pflegende in Form einer Pflegezeit: Diese Regelung sollte analog zur Elternzeit und zwar mit einem Rechtsanspruch auf Pflegezeit, mit staatlichen Ersatzleistungen und einem Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz ausgestaltet werden.
- **Umsetzung eines Landesdemenzplans** mit dem besonderen Fokus auf die pflegenden Angehörigen, um den künftigen Herausforderungen gerecht zu werden.
- Gestaltung von Angeboten mit der Zielsetzung, **der Vereinsamung entgegenzuwirken** und eine echte Teilhabe zu ermöglichen: in Form von Urlauben, Kuren und entlastenden Angeboten.
- Wir unterstützen zudem die Forderung der Pflegefachkräfte nach **tarifgerechter Entlohnung** und guten Arbeitsbedingungen im stationären und ambulanten Pflegesektor.
- Fachlich **fundierte Einbeziehung technischer Unterstützungssysteme und Digitalisierung** auch innerhalb der häuslichen Pflege: zur Unterstützung und Entlastung, um die menschliche Zuwendung aufrechterhalten zu können. Hierzu bedarf es ergänzend guter Beratungsstrukturen, um die technischen Möglichkeiten aufzuzeigen und adäquat einzusetzen.
- Echte Teilhabe geht nur mit einer konsequenten **Partizipation** einher. Die Einbeziehung von pflegebedürftigen Menschen und ihren An- und Zugehörigen in Projekte sowie in die Gestaltung von Versorgungsstrukturen ist dringend geboten.

Düsseldorf, Februar 2023

Landesverband der Alzheimer Gesellschaften NRW e.V.
Bergische Landstraße 2
40629 Düsseldorf

Telefonnummer: 0211-24086910
E-Mail: info@alzheimer-nrw.de
Homepage: www.alzheimer-nrw.de